Mit einer ersten Aktion reagierte das Bündnis Strahlenzug auf die Entscheidung vom letzten Mittwoch, dass Castortransporte ab 2012 quer durch NRW rollen werden. Das Bündnis informierte am Samstag (3.12.), in Strahlenschutzanzüge gehüllt und mit Weihnachtsmann-Mützen, über die unschöne Bescherung. Mit etwa 20 Aktiven war dies NRW-weit die erste Protestaktion der gut vernetzten Anti-AKW Bewegung. Weitere Aktionen von „Westcastor“ aus Jülich und „SOFA Münster“ sind bereits in Planung, so zum Beispiel am 18.12. eine Großdemo am Zwischenlager in Ahaus.

Vom kommenden Jahr an werden Brennelemente aus dem Forschungsreaktor Jülich mit Spezial-LKWs nach Ahaus gebracht, diese Transporte werden direkt an den Stadtgrenzen von Mönchengladbach entlang führen. Das Bündnis stellt klar, dass der radioaktive Müll nach ein paar Reparaturarbeiten an der Halle in Jülich, dort genauso sicher gelagert werden kann, wie in Ahaus. Jeder Transport ist also nur ein zusätzliches Risiko, solange es kein geeignetes Endlager gibt.

Besondere Sorgen macht sich das Bündnis über die mittlerweile bekannt gewordenen Unstimmigkeiten bei den Genehmigungsverfahren.

Die derzeitige Einlagerungsgenehmigung für Jülich läuft am 30.06.2013 aus. Würden je Transport zwei Castoren abtransportiert, müssten in weniger als eineinhalb Jahren 76 Transporte rollen. Das würde nahezu wöchentliche Transporte bedeuten!

Für diese Transporte müssten immer jeweils zwei Genehmigungen erteilt werden, nämlich die Transportgenehmigung und die Einlagerungsgenehmigung für das Zwischenlager Ahaus.

Beide Genehmigungen liegen bisher nicht vor. Zwar ist das Verfahren für den Transport weit vorangeschritten, doch für die Einlagerungsgenehmigung fehlen gutachterliche Stellungnahmen, die mit Sicherheit einige Zeit in Anspruch nehmen dürften.

Zu allem Überfluss wird der Atommüll aus den Castorbehältern in den kommenden Jahren noch einmal umgefüllt werden müssen, da die verkehrsrechtliche Zulassung dieser Behälter in 2017 ausläuft. Für ein solches Umfüllverfahren fehlen im Zwischenlager Ahaus die technischen Möglichkeiten. In Jülich sind sie vorhanden.

Dies zeigt deutlich, mit welch heißer Nadel und unter welchem Zeitdruck die Transporte gestrickt sind. Eine Verlängerung der Einlagerungsgenehmigung in Jülich scheint dem Bündnis daher unausweichlich. Eine solche Genehmigung hätte schon lange auf den Weg gebracht werden können. Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Erklärung des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS):

„Das Forschungszentrum Jülich hatte außerdem eine Verlängerung der Genehmigung für die Lagerung der Brennelemente in Jülich um drei Jahre beantragt, hatte dem BfS aber am 16. Juli 2010 mitgeteilt, es solle dieses Verfahren zugunsten der beantragten Lagerung in Ahaus als ruhend betrachten.“

Eine rechtzeitige Lösung wäre also durchaus möglich gewesen! Das Bündnis Strahlenzug

fordert die Verantwortlichen von Bund, Land und dem Betreiber des Forschungszentrums auf, sofort alle nötigen Maßnahmen einzuleiten, so dass der Müll bis zu einem gefundenen Endlager in Jülich verbleiben kann. Das gefährliche Umherkutschieren von Atommüll muss sofort beendet werden. Diese Forderung teilen auch die weiteren Anti-AKW Bewegungen.

Weitere Informationen auf den entsprechenden Internetseiten:
www.strahlenzug.de (Mönchengladbacher Bündnis)
www.sofa-ms.de (Bündnis aus Münster und Umgebung)
www.westcastor.de (Zusammenschluss von Jülich, Aachen und weiteren Städten)